

Aus dem Inhalt: Enteignung des Kirchenvermögens! — Zurückerobern! — SPD toleriert — Krieg im Osten — A tentatsplan gegen Trotzki — Die Giganten und die Klassen — Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

**PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT SICH!**

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstettengasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Dezember 1931

5. Jahrgang, Nr. 90

Enteignung des Kirchenvermögens!

Von 51.000 auf 17.000 ist die Zahl der Kindergeburten in Wien gefallen. So ungeheuer ist die Verelendung der Massen. Immer weiter schwillt das Heer der Arbeitslosen, immer neue Entlassungen, immer neuer Lohrraub.

Und der kapitalistische Staat saniert: neuer Massenabbau der Bundesangestellten, neuer Massenabbau der Eisenbahner, Senkung ihrer Bezüge und Pensionen, Streichung ihrer Weihnachtsbeihilfen. All das soll noch vor Weihnachten durchgeführt werden. Als Weihnachtsgeschenk der Kapitalisten an die Arbeiter und Angestellten.

Die Kreditanstalt samt ihrem Industriekonzern, der 70 Prozent aller Großbetriebe Oesterreichs umfaßt, soll ausgeliefert werden der ausländischen Hochfinanz und den Rothschildbanditen. Der Staat, der die ausländischen Gläubiger und die Rothschildgauner vor der Katastrophe bewahrt hat, indem er die werktätigen Massen ausgeplündert und die Katastrophe gestürzt hat — der Staat, der für die Schulden der Credit-Anstalt an alle diese Hyänen die Haftung übernommen hat, die Haftung mit den Geldern der werktätigen Massen, diese Haftung, die vollkommen unbegrenzt

Siehe oben erschienen:

L. TROTZKI:

Soll der Faschismus wirklich siegen?
Deutschland — der Schlüssel zur internationalen Lage.

Zu beziehen durch Verlag der «Arbeiter-Stimme», 20 g.

Sozialdemokratische Zensur

Der Vertriebe der «Arbeiter-Stimme» auf der Stadtbahn ist der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge. Schon seit langen Monaten wurde der Vertrieb fälschlich unterbunden, indem die «Arbeiter-Stimme» nur auf den minderwertigen Stationen ausgelegt werden durfte, dagegen nicht auf den Stadtbahnstationen, wie z. B. Meidling, wo die meisten Arbeiter durchkommen. Nachdem durch diese Tücke der Absatz bewußt gebremst wurde, versucht die SP unter dem Vorwand, daß der «Absatz zu gering» sei, daß der «Vertrieb sich nicht rentieren» die «Arbeiter-Stimme» von der Stadtbahn zu verdrängen. Da wir in der letzten Nummer darüber schrieben, so hat die «sozialdemokratische» Sozialdemokratie einfach die Zensur über uns verhängt. In vertragswiderlicher Weise wurde Nr. 89 auf der Stadtbahn einfach nicht ausgelegt. Wir werden sehen, ob die Herren sozialdemokratischen Stimmhelfer, dieses Spiel zu wiederholen. Es wird ihnen übel bekommen! Daß faschistische Mörderblätter, wie der «Kampfruf» auf der Stadtbahn vertrieben werden, die proletarische «Arbeiter-Stimme» aber von dort verdrängt werden soll, das werden die Arbeiter nicht zu geben! Wir werden dafür sorgen, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft das erfahren! Wir bitten diejenigen Arbeiter, die die «Arbeiter-Stimme» immer auf der Stadtbahn beziehen, sich mögen sich, falls der Vertrieb auf der Stadtbahn verhindert werden sollte, sofort an uns wenden (XVI., Kirchstettengasse 19/10), damit wir ihnen das Blatt ausstellen können.

ist — der Staat, der in all das durch den bewußten Betrug dieser Finanzverbrecher nach allen Regeln der Diebskunst hineingelegt wurde — selbst der Staat soll in der Credit-Anstalt nicht entscheiden. Die Finanzräuber des Auslandes und Inlandes sollen entscheiden: sie sollen nach Belieben die Betriebe sperren, nach Belieben die «Betriebskosten» senken, das heißt Personal, Löhne, Gehälter, nach Belieben abbauen können!

Diesen ungeheuren wirtschaftlichen Raubzug, die dadurch geschaffene Lage, will das Finanzkapital politisch nutzen zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur. Durch Staatsstreich oder auf dem Wege über eine Regierung Vaugoin-Starhemberg neuer Auflage. Die Herrschaften spekulieren auf Ungarn und hoffen, die Nazis, die auf Hitler spekulieren, für die schwarz-gelben Zwecke ausnützen zu können. Die Faschisten, die Kettenhunde des Finanzkapitals, glauben ihre Stunde gekommen. Am deutlichsten zeigt dies Primers Rückkehr.

Der Entschluß der Großdeutschen, gegen das Credit-Anstalts-Gesetz zu stimmen, bedeutet den Sturz der Regierung Buresch. Das beschleunigt den Gang der Ereignisse. Selbst wenn die Großdeutschen wie gewöhnlich umfallen, die Logik der Dinge treibt immer schneller zur Entscheidung.

Was tut die Sozialdemokratie, die «Arbeiterpartei» demgegenüber? Die

Arbeitslosigkeit bekämpft sie mit Eintopfgerichten, den Personalabbau mit dem Gewinseln, ihn ja «nicht mechanisch» durchzuführen, gegen den Lohnabbau rührt sie keinen Finger. Um zu verschleiern, daß sie bei der Rothschildsanierung, für die sie gestimmt, mitgeholfen hat, die Massen um Milliarden zugunsten des Finanzkapitals zu berauben, wirft sie ihnen nun den Staub der Wohnbausteuernevelle in die Augen. Den arbeitenden Massen 2000 Mill. Schilling auszuplündern, sie den Kapitalisten in den Taschen werfen, dann mit den 20 Millionen neuer Wohnbausteuer den Massen vor den Augen fuchteln, das ist echt sozialdemokratische Taktik.

Da all dies noch immer nicht genügt, um die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat zu sanieren, so kommt die Sozialdemokratie nun mit dem Plan der Schillingentwertung. Die Auslandsschuld der österreichischen Bourgeoisie und ihres Staates laufen jetzt in ausländischer Valuta, das schwächt den Anreiz für die Kapitalisten, zur Inflation zu greifen. Ohne Zweifel aber ist, daß auf diesem Wege ein gigantischer Raub an den österreichischen Massen möglich ist. Die gesamten werktätigen Massen in Stadt und Dorf, voran die Arbeiter und Angestellten, würden furchtbar draufzahlen bei diesem verbrecherischen Plan. Im Galopp würden die Elendslöhne, Elendsgehälter noch viel, viel tiefer stür-

zen und die Arbeitslosenunterstützung mit. So wie in der Zeit der Inflation würde das Einkommen in Geldform von Zeit zu Zeit erhöht werden, um vor den Massen zu verschleiern, daß in Wahrheit ihr Realeinkommen dabei immer tiefer gescheuert wird. Es wäre eine Sanierung der Bourgeoisie und des kapitalistischen Staates durch Verelendung der Massen unter die Stufe der chinesischen Kulis.

Warum kommt die Sozialdemokratie mit diesem Wahnsinnsplan? Weil sie die Koalitionsregierung will, die Regierung zusammen mit der Bourgeoisie! Weil die Bourgeoisie die Sozialdemokratie in die Regierung nur nimmt, wenn und solange die Sozialdemokratie die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat mitsaniert durch Weißbluten der Massen. Wer die Koalitionsregierung will, für den gibt es keinen anderen Weg der Sanierung — der Sanierung nämlich der Bourgeoisie und des kapitalistischen Staates — als durch Weißbluten der Massen. Darum will die Sozialdemokratie den Schilling entwerten.

Gibt es keinen anderen Weg?

Zunächst einmal, es geht den Massen nicht um «die Sanierung», sondern es geht ihnen um die Sanierung der werktätigen Massen. Diese Sanierung kann erfolgen nur auf Kosten der Kapitalisten. Das erste Objekt aber, das da in Betracht kommt, ist das ungeheure, tausende Millionen Goldkronen weit übersteigende Vermögen der Kirche.

Entschädigungslose Enteignung des Kirchenvermögens!

Die Hälfte davon zur entschädigungslosen Aufteilung der Felder, Wiesen, Weiden der Kirche auf die Landarbeiter und notleidenden Bauern. Das würde die Lage der notleidenden Massen im Dorfe wesentlich erleichtern und sie in feste Bundesgenossen der Arbeiter und Angestellten in den Städten verwandeln.

Die andere Hälfte für Arbeit und Brot den Arbeitern und Angestellten in den Städten durch Finanzierung großer Investitionsarbeiten: Ausbau der Wasserkräfte, Elektrifizierung der Bahnen, Straßenbau, Urbarmachung von Oedland, Wohnungsbau.

So ist der Schilling zu verteidigen! Durch entschädigungslose Enteignung des Kirchenvermögens!

Doch nie und nimmer ist das zu erzielen durch Koalition, durch Bündnis mit der Bourgeoisie, sondern nur durch unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie im Bündnis mit den notleidenden Bauernmassen unter Führung der Arbeiterklasse. Dieser Kampf muß ausgerichtet sein auf die Errichtung einer Regierung der Arbeiter und notleidenden Bauern, die sich stützen muß auf den Arbeiterrat der Ar-

SPD toleriert

Allgemeine Lohnsenkung um 10 Prozent und Aufhebung der Tarifverträge

Mittels einer Notverordnung, das heißt durch Diktat der Brüning-Regierung werden in Deutschland vom 1. Jänner an die Löhne sämtlicher Arbeiter und Angestellten ausnahmslos um 10 Prozent gesenkt. Gleichzeitig werden sämtliche Tarifverträge aufgehoben und neue Tarifverträge «geschlossen», die weiteren Abbau der Löhne und Gehälter zulassen. Die SPD zeigt auf dem Papier, daß die deutschen «Wirtschaftsführer» nur an Gehalt — von dem eigentlichen Profit abgesehen — jährlich mehr beziehen, als Deutschland in einem Jahre Milliarden an Reparationen zu zahlen hat. Die SPD meckert auf dem Papier vom «außerparlamentarischen Kampf». Aber das sind nur starke Worte, um den Massen Kampfabichten der SPD vorzuspiegeln und sie — vom Kampf abzuhalten. In Wirklichkeit ist die SPD fest entschlossen, die Tolerierungspolitik fortzusetzen. Mehr noch. Die SPD beginnt bereits, auf die Tolerierung sogar einer Hitler-Brüning-Regierung vorzubereiten! Der Berliner «Vorwärts» schreibt: «Es ist zweierlei, ob der Nationalsozialismus die Macht allein übernimmt, oder ob er sie mit den anderen teilt. Teilt er sie mit

den anderen, so wird alles darauf ankommen, wie die Teilung erfolgt. Es ist ein anderes, wenn er sie durch Gewalt erobert. Kommt er verfassungsmäßig zur Macht, so entsteht die Frage, ob er die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition gelten läßt oder sie umstürzt, um sich gewaltsam in der Macht zu behaupten.» Selbst nach dem Blütpogramm von Hessen «erwägt» die Sozialdemokratie, ob der Faschismus, zur Macht gekommen, die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition gelten lassen wird.

Die Tolerierungspolitik wächst sich also immer klarer aus zu einer Kapitulationspolitik. Der Stalinismus mit seiner Kapitulantentlösung: «Soll Hitler nur hinauf, er wird sich bald abwirtschaften», ebnet der sozialdemokratischen Kapitulationspolitik den Boden. Die Arbeitermassen müssen verhindern, daß der Faschismus an die Macht kommt! Eben darum müssen sie die Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus herstellen, mit der SPD brechen und die kommunistische Partei vom Stalinismus gesunden.

Proletariat im richtigen Augenblick ins Leben rufen muß.

Dazu müssen die Massen sich zusammenschließen!

Dazu müssen sie überall Kampfkomitees bilden in den Betrieben, in den Vermittlungen, in den Dörfern.

Dazu müssen die Massen mit der Sozialdemokratie brechen und die Kommunistische Partei gründen.

So werden die Massen beide Fragen lösen: den Faschismus zerschmettern und sich auf Kosten der Bourgeoisie sanieren.

Zurückerobern!

Die letzten Illusionen über den Charakter des republikanischen Staatsapparats sind verfliegen.

Da muß zuerst wieder einmal die Frage aufgeworfen werden: Wer hat die Illusionen über den Staatsapparat der Republik dreizehn Jahre gezüchtet, verbreitet? Wer anders als die Sozialdemokratie!

Und vor allem: Wem verdanken wir diesen Staatsapparat? Nun wenn anders als der Sozialdemokratie!

Wer hat 1919 verhindert, daß die Volkswehr ausgebaut werde zu einer der Arbeiterschaft verlässlichen Wehrmacht? Die Sozialdemokratie!

Wer hat 1920 die Volkswehr zerschlagen? Die Sozialdemokratie!

Wer hat 1920 die Wehrmacht ausgeliefert den kapitalistischen Offizieren? Die Sozialdemokratie!

Wer hat 1919 verhindert, daß 6000 klassenbewußte Arbeiter in die Wiener Polizei eingestellt werden? Die Sozialdemokratie!

Wer hat 1919 die Wiener Polizei statt dessen mit agrarischen Elementen besetzen lassen? Die Sozialdemokratie!

Wer hat die Gemeindepolizei aller Städte den Kapitalisten ausgeliefert? Die Sozialdemokratie!

Wer hat 1919 verhindert, daß 3000 klassenbewußte Arbeiter in die Gendarmerie eingestellt werden? Die Sozialdemokratie!

Wer hat 1919 die Gendarmerie statt dessen mit agrarischen Elementen besetzen lassen? Die Sozialdemokratie!

Wem also danken es die Arbeiter, daß der Staatsapparat so ist, wie er ist? Derselben Sozialdemokratie, die heute scheinheilig über den Charakter des Staatsapparats jammert.

Die Sozialdemokratie begründet dieses ihr Verbrechen an der Arbeiterklasse damit, sie wolle den Arbeitern «Opfer ersparen». Nun, die Opfer, die die Bourgeoisie dank der sozialdemokratischen Verratspolitik über die Arbeiterklasse verhängen konnte, sind riesengroß. Allein die Opfer, die es kosten wird, um die Verbrechen der Sozialdemokratie von 1919/20 gützumachen, die werden noch viel größer sein. Die Arbeiterschaft wird siegen! Aber sie muß wissen, daß sie die ungeheuren Opfer, die dieser Sieg kosten wird, dem Verrat der Sozialdemokratie dankt.

Für wen will die Sozialdemokratie die Republik zurückerobern? Für die Arbeiter? Keineswegs! Sondern für das «Volk». Was heißt das? Das «Volk» besteht in Oesterreich aus drei großen Klassen: Aus der Arbeiterklasse, aus der Kapitalistenklasse (Bankiers, Industrielle, Großhändler, Großgrundbesitzer, Großbauern) und aus dem Kleinbürgertum in Dorf und Stadt. Will die Sozialdemokratie die Republik zurückerobern durch Bündnis der Arbeiterklasse mit dem Kleinbürgertum in Dorf und Stadt unter Führung der Arbeiterklasse zum Niederkämpfen der Kapitalistenklasse? Ja oder nein? Nein! Die Sozialdemokratie hat zum Ziel, eine Regierung des Bündnisses mit der Bourgeoisie, so wie die Sozialdemokratie schon seit langen Jahren mit der Bourgeoisie zusammengearbeitet. Und sogar in dem Falle, wenn der Betrug der Massen nur mehr durch eine sozialdemokratische Alleinregierung zu bewerkstelligen ist, selbst dann will und wird die Sozialdemokratie regieren im Bündnis mit der Bourgeoisie. Diesen elenden Betrug an den Arbeitern nennt die Sozialdemokratie die Republik zurückerobern für das «Volk».

Die Arbeiter müssen ein ganz anderes Ziel haben als die Sozialdemokratie. Die Arbeiter müssen das Ziel haben, die Republik zurückerobern, aber zurück-

zuerobern für das Proletariat, das unter seiner Führung, gestützt auf das Bündnis mit den werktätigen Massen, insbesondere mit den notleidenden Bauernmassen, kämpft und herrscht, regiert für die Werktätigen, aber gegen die Kapitalisten, und um diese dauernd sicherzustellen, den Staatsapparat von oben bis unten und von unten bis oben vollkommen umkremple nach proletarischem Klasseninteresse.

Wer den Arbeitern einredet, daß der Weg zu diesem Ziele führe über das Bündnis mit den Kapitalisten, über die Zusammenarbeit, über die Koalition mit der Bourgeoisie, ist ein Betrüger, ein Verräter an der Arbeiterklasse. Diesen Verrat begeht die Sozialdemokratie und will ihn weiter begehen.

Attentatsplan gegen Trotzki

Die Schuld der Sowjetregierung

Die Sowjetregierung verbreitet durch die Stalin-Presse die Nachricht, daß die russischen Weißgardisten ein Attentat gegen Genossen Trotzki planen. Für die Durchführung sei der Weißgardist Turkul in Aussicht genommen. Trotzki werde von den türkischen Behörden schlecht bewacht, Turkul wolle die Schuld an der Ermordung Trotzki auf die Sowjetregierung wälzen.

Angesichts dieser Nachricht der Sowjetregierung muß festgestellt werden: Die Schuld daran, daß es so weit kommen konnte, trifft mit voller Wucht die Sowjetregierung.

Wer hat den Genossen Trotzki verbannt?

Wer hat ihn dem Faschisten Kernal ausgeliefert und mit diesem den Staatsvertrag abgeschlossen über die Gefangenhaltung und Bewachung Trotzki's?

Wer wünscht die Ermordung Trotzki's und möchte sich die Hände in Unschuld waschen?

Wer anderer als Stalin!
Es gibt nur einen Weg, den Mordplan zu verhindern: Die Rückkehr Trotzki's in die Sowjetunion.

Die Giganten und — die Klassen

Die stalinistische und die «sozialfaschistische», ja selbst die kapitalistische Presse schildern fleißig den stalinistischen Aufbau der Giganten. Dagegen sind sie sehr schweigsam über die Klassenverhältnisse in Rußland, über deren Veränderungen und insbesondere über die Richtung dieser Veränderungen. Oder sie verbreiten darüber Lügen. «Alle Russen sind Proletarier, ob Arbeiter, Ingenieure oder Direktoren», sagt Saliger, der kapitalistische Professor der Wiener Technik, der über Einladung Stalins Rußland bereist hat. Die «Rote Fahne» druckt das begeistert in fetten Lettern ab, ohne Bemerkung. Was ist die Wahrheit? Das Durchschnittseinkommen der Industriearbeiter in Rußland beträgt in Geld 84 Rubel im Monat. Der Reallohn ist viel kleiner, weil die Geldwertung und die Teuerung immer weiter vorschreiten. Die Hilfsarbeiter haben noch bedeutend weniger als diesen Durchschnitt. Dagegen haben die bürgerlichen Ingenieure und Direktoren 800 bis 1000 Rubel, ja sogar 800 bis 1000 Dollar im Monat und dazu noch schöne Freiwohnungen mit freier Beheizung und Beleuchtung und dazu noch freie Autos. Das nennt die «Rote Fahne»: «Alle Russen sind Proletarier»...

Eigenartigerweise entfallen die Giganten Eigenschaften, auf die wir schon lange hinwiesen und die nun allen sichtbar werden. Nehmen wir die landwirtschaftlichen Giganten, und zwar nicht nur die bäuerlichen Kollektiven (Kolchosen), sondern selbst die Sowjetgüter (Sowchosen). Wir erfahren, daß die Sowjetgüter «die ihnen zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten für eine Erhöhung der Ernteträgnisse unzulänglich ausnützen» — das heißt, aus stalinistischen Verschleierungssprache übersetzt, die Produktion sabotieren — und «die festgesetzten Pläne für die Getreideablieferung an den Staat eigenmächtig verringern» — das heißt, sie sabotieren auch die Getreideablieferung.

Es gibt viele Arbeiter, die das trotz der Erfahrungen der dreizehn Jahre seit dem Umsturz noch nicht verstehen. Daran ist schuld die stalinistische Politik, die die kommunistischen Parteien hindert, den Massen die Augen zu öffnen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Und doch können die Arbeiter die Republik für die Arbeiter zurückerobern nur unter Führung der proletarischen Klassenpartei, das ist der kommunistischen Partei! Darum müssen die Arbeiter die Kommunistische Partei befähigen, ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, indem sie im Bunde mit der Linksoption ihr helfen, den Stalinismus zu überwinden und zu betreten den Weg der konsequenten proletarischen Klassenpolitik.

Arbeiter, Kommunisten, erzwingt die Rückkehr Trotzki's!

Wer sucht mit allen Mitteln Rakowskys Tod herbeizuführen?

Wer anderer als Stalin!

Wer hält 8000 russische Linksoptionelle, das heißt die proletarischen Revolutionäre Rußlands im Kerker gefangen, wer läßt sie mißhandeln, foltern, erschließen?

Wer anderer als Stalin!

Derselbe Stalin, der Mussolini lobt.

Derselbe Stalin, der an die Spitze der Betriebe in Rußland Bürgerliche stellt, zum Beispiel die Ramsin und Co., die konterrevolutionärer Anschläge gegen die Sowjetmacht überwiesen sind. Denkt an die Industriepartei.

Derselbe Stalin, der den Arbeitern Schundlöhne zahlt, den Bürgerlichen aber 1000 Rubel oder gar 1000 Dollar monatlich!

Arbeiter, Kommunisten! Macht Schluß mit dieser Schande! Erzwingt die Freilassung Rakowskys und der 8000 eingekerkerten proletarischen Revolutionäre Rußlands! Erzwingt die Rückkehr Trotzki's!

(«Kampf» Nr. 12). So bereiten die Bauer und Co. auf die Opfer vor, die sie den Arbeitern aufzuerlegen gedenken, um durch Nationalisierung — den Kapitalismus zu retten.

Je weiter Stalin nach rechts rückt, desto sichtbar wird es, wie durch seine Politik die Kräfteverhältnisse der Klassen zum Nachteil der Arbeiter verschoben werden. An einem gewissen Punkt angelangt, wird er wiederum versuchen, das durch einen Ruck nach links zu korrigieren, richtiger zu verschleiern. Durch dieses Manöver des Springens vom rechten Fuß auf den linken und wiederum auf den rechten, hält Stalin sich im Sattel, die Arbeiterklasse immer mehr schwächend. Gegenüber dem imperialistischen Krieg wird sich nur ein Regime, nur eine Politik behaupten, die mit beiden Füßen fest auf proletarischem Boden steht. Der anrollende Krieg macht die Position des Zentrismus immer unhaltbarer. Der Sieg der Linksoption, der Uebergang zur konsequent proletarischen Klassenpolitik wird angesichts der imperialistischen Kriegsgefahr zur unumgänglichen Notwendigkeit für die Rettung der proletarischen Diktatur in Rußland, für die Arbeiterklasse.

Krieg im Osten

Das Friedensgetöse der japanischen Räuber und ihrer Helfershelfer in Genf, Paris, London, New-York darf keinen Arbeiter täuschen. Japan treibt seinen Raubkrieg verstärkt vor.

In erster Linie gegen China. Nur die Millionenmassen der chinesischen Bauern unter Führung der Arbeiter der chinesischen Städte sind imstande, die japanischen Räuber zu besiegen. Furchbar rächt sich jetzt die verbrecherische China-Politik Stalins 1926/27, die die KP Chinas zugrunde gerichtet hat. Und nichts tut er heute, um die chinesische KP, um die revolutionäre Arbeiterbewegung in den Städten Chinas in Schwung zu bringen. Darum können die kämpfenden Bauern-Partisanen wohl da und dort Erfolge erzielen, aber keine auf die Dauer sich auswirkenden Ergebnisse. Mag die Stalin-Presse noch so oft von «Roten Armeen» und «Sowjetchina» schreien, all das sind elende Phrasen. Die durch die Schuld des Stalinismus niedergeworfene und niedergebende revolutionäre Arbeiterbewegung in China wieder aufzurichten und dadurch den Bauernmassen die unumgänglich notwendigen Verbündeten und Führer zu schaffen, das ist heute das nächste Gebot revolutionärer Politik in China, im Interesse der chinesischen und der russischen Revolution.

Japans Krieg gegen China ist mittelbar die Bedrohung Sowjetrußlands mit dem Krieg. In der Tat hat Japan bereits Gebiete militärisch besetzt, die zur russischen Interessensphäre gehören, die ostchinesische Bahn begriffen. Was tut demgegenüber die Kommunistische Internationale? Nichts, gar nichts! Wenn ja, so müßte sie gerade jetzt auf der ganzen Welt, vor allem in den imperialistischen Staaten, die Massen mobilisieren gegen die imperialistische Gefahr, für die chinesische und russische Revolution. Allein solche revolutionäre Massenaktionen widersprechen dem «friedlichen Wettbewerben zwischen Sozialismus und Kapitalismus», von dem Stalin herumschweifeln läßt. Und vor allem würden dadurch die Lieferungen von Maschinen usw. für den nationalen Aufbau Rußlands gefährdet. Dem Nationalist Stalin aber ist der nationale Aufbau Rußlands wichtiger als die Interessen der chinesischen und selbst der russischen Revolution. Jahrelang haben die kommunistischen Parteien sich heiser geschrien über die Kriegsgefahr. Nun, da sie wirklich da ist, sehen wir die Komintern mit allen kommunistischen Parteien keinen Finger rühren zur ersten revolutionären Mobilisierung der Massen.

Die Gefahr für die chinesische und russische Revolution wächst. Sie wird weiter wachsen und immer deutlicher zeigen, daß die Grundbedingung, um dieser Gefahr wirksam zu begegnen, ist: die Ueberwindung des Stalinismus und die Einigung aller Kommunisten auf der Linie der Oktoberrevolution.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof, Hundsturmplatz, Domeshof.

Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Von Josef Gauner

Der Verfasser ist Bauarbeiter. Mehr als 10 Jahre war er eines der aktivsten Mitglieder der kommunistischen Partei. Besonders aktiv war er in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung tätig. 1929 wurde er wegen des Bauarbeiterstreiks gemäßigt. Erst im Juli 1931 wurde er wegen seiner hervorragenden Arbeitsleistungen am Aufbau in Sowjetrußland wurde er zweimal ausgezeichnet. Der Bericht eines solchen Genossen über seine Erlebnisse unter dem Stalinismus in Oesterreich und Rußland ist also von besonderem Interesse für jeden Arbeiter. Die Red.

Im Frühjahr 1930 bin ich zusammen mit der österreichischen Bauarbeiter-Stoßbrigade (wir waren 24 Mann) nach Sowjetrußland abgereist. Es war hier in Oesterreich mit uns vorher vom Spezbureau Berlin durch die österreichische Handelsvertretung ein genauer Vertrag abgeschlossen worden.

Nach diesem Vertrag hatten wir noch vor der Abfahrt in Oesterreich 200 Rubel (700 S) zu erhalten. Diese Bestimmung wurde nicht eingehalten. Statt 700 S erhielten wir nur 200 S und die Fahrtspesen. In völlig vertragswidriger Weise behielt davon das Stalin-ZK 800 S und die Stalinsche Gewerkschafts-Abteilung ebenfalls 800 S für sich zurück. Nur ein Teil der Teilnehmer erklärte sich mit diesem vertragswidrigen Vorgang schließlich einverstanden.

Unmittelbar vor unserer Abfahrt erklärten uns die offiziellen Vertreter des Stalin-ZK und der Stalinschen Gewerkschafts-Abteilung, daß wir weder auf der Reise noch in Sowjetrußland Geld brauchen, daß wir daher das Geld, das wir noch besitzen, ihnen für eine Sammlung abführen sollen. Wir glaubten dem und gaben ihnen die letzten Schillinge her, die wir besaßen. So kamen wir vollkommen blank an die russische Grenze. Nur Hoschek, Kraml und Bilek waren so gescheit, ihr Geld zu behalten, wechselten es an der Grenze und konnten kaufen, was sie brauchten. Wir alle anderen aber, die wir den Stalin-Bureaokraten vertraut hatten, standen ohne jedes Geld da und konnten uns gar nichts kaufen. Zum Essen hatten wir auf der ganzen Reise, auch während der Reise in Rußland, nur das, was wir uns von Oesterreich an Proviant mitgenommen hatten.

In Moskau Empfang mit großem Klimbim und Tamtam. Das war aber auch alles. Wir kamen in ein Massenquartier. Das Essen war so, daß der Großteil von uns es überhaupt nicht essen konnte. Drei Tage waren wir so in Moskau (30. April bis 3. Mai). Von dort sind wir nach Zerkinsk in den Betrieb Zavod Nr. 80. Dort wurden wir in einer Holzbaracke einquartiert, die jeder Beschreibung spottete. Wir bekamen weder Strohsack noch Kopfpolster, weder Lebensmittelkarte noch Lebensmittelbuch. Acht Tage schliefen wir dort auf nackten, eisernen Kavalets, so daß wir in der Früh gebrochene Glieder hatten und kaum auf den Füßen stehen konnten.

Unsere «Führer» Hoschek, Zartl, Uhl, waschechte Stalinisten, haben sofort alles darangesetzt, für Ihre liebe Person zu sorgen, Funktionen zu bekommen, um sich von der Arbeit zu drücken. Um uns haben sie sich überhaupt nicht interessiert, weder um unsere Schlafgelegenheit noch um unsere Verpflegung. Desto fleißiger kümmernten sie sich um die russischen Mädlen. Zum Schluß hat uns das Ungeziefer so geblissen, daß wir uns freiwillig in der Nacht abwechselten, um mit Taschenlampen und Schlafen einander das Ungeziefer vom Leibe zu halten. Wir haben gegen diese Behandlung, die ein Hohn war auf all das, was man uns versprochen und in Aussicht gestellt hatte, angekämpft, haben Untersuchung gefordert. Endlich wurde uns ein anderes Quartier angewiesen, wo wir vier bis fünf Mann in einem Raum gewesen sind. Aber Ungeziefer war auch hier in Hülle und Fülle. Nach zehn Tagen sind wir über unser Drängen wieder in ein anderes Quartier gekommen. Auch dort war es sehr schlecht. Wir alle waren über dieses Sich-Hinweg-Setzen über alle Versprechungen tief empört, und nur durch unser hartnäckiges Drängen setzten wir endlich durch, daß wir gute Quartiere bekamen.

Während dieser Zeit verpflegten wir uns in der Gemeinschaftsküche, wo wir

gegen Bezahlung essen konnten. Wir waren doch als Bauarbeiter in bezug auf Essen keineswegs verwöhnt, aber mit wenigen Ausnahmen vermochten wir dort nichts zu essen als die laute Suppe, vielsach sogar diese nicht. Wir haben buchstäblich gehungert.

Erst später erfuhr ich, daß es bessere Gemeinschaftsküchen gibt, aber nicht für Arbeiter, sondern nur für die bürgerlichen Fabriksdirektoren, Ingenieure, die emporgekommenen Gewerkschaftsbureaokraten und dergleichen.

Wir haben verlangt, daß wir dort verpflegt werden. Zweimal ist das einem Teil unserer Kolonne gelungen, aber es war so teuer, daß wir mit unserem Lohn dem nicht gewachsen waren. Im neuen Quartier hat man uns dann schließlich, da wir ununterbrochen gegen die untragbare Verpflegung angekämpft und interveniert, Lebensmittel zugeführt.

Vertragsmäßig hatten wir 200 Rubel Monatslohn. Man zahlte uns jedoch den vertragsmäßigen Lohn nicht, sondern gab uns nur fortwährend kleine «Vorschüsse». Die Gewerkschaftsbureaokraten erklärten einfach, ihnen sei nichts bekannt davon, daß mit uns ein Vertrag abgeschlossen worden ist. Wir haben immer wieder in Parteizelle und Gewerkschaft auf den Vertrag, der mit uns abgeschlossen worden war, hingewiesen, aber da wurde uns von den Stalin-Bureaokraten kurzerhand erklärt: Der mit uns geschlossene Vertrag könne nicht eingehalten werden — es sei kein Auftrag da von Moskau... Wir schickten deshalb auf unsere Kosten eine Deputation nach Moskau, und zwar dreimal. Resultat: Null. Wir telegraphierten auf unsere Kosten nach Berlin, nach Wien. Resultat: Null. Statt 600 Rubel erhielten wir im Wege der Vorschüsse im Laufe von drei Monaten nur 200 Rubel. Erst nach dreimonatigen Anstrengungen erreichten wir die Nachzahlung der 400 Rubel, die man uns vertragswidrigerweise verweigert hat.

Wir hatten in unserem Vertrag eine Bestimmung, daß unsere Frauen und Kinder in Oesterreich mittels Abzug von unserem Lohn 175 S monatlich bekommen. Diese 175 S wurden uns in der Tat Monat für Monat außerordentlich pünktlich abgezogen, aber unsere Frauen und Kinder in Oesterreich bekamen durch drei Monate davon gar nichts! Wir haben deswegen wiederholt interveniert in Partei und Gewerkschaft, haben auf unsere Kosten Deputationen nach Moskau geschickt. Resultat: Null. Unsere Frauen und Kinder in Wien hungerten buchstäblich. Sie mußten alles versetzen, beziehungsweise verkaufen, was sie hatten. Immer wieder sprachen unsere armen Frauen in Wien deshalb beim Stalin-ZK und seiner Gewerkschafts-Abteilung vor. Aber die Stalin-Bureaokraten ließen sich verweigern oder versteckten sich. Toman und Martin haben sich so einmal hinter den Schreibtischen versteckt, und der Kopenig erklärte unseren armen Frauen immer vom hohen Roß herab, ihn gehe die ganze Geschichte überhaupt nichts an, ihn, den Herrn «Generalsekretär»... Schließlich sind unsere armen Frauen den Stalin-Bonzen gründlich auf die Hühneraugen gestiegen, und auch wir in Rußland waren nicht müßig. Da alle unsere Bemühungen trotz unserer Opfer, trotz unserer großen Arbeitsleistungen zu keinem Resultat führten, so haben wir uns schließlich alle zusammengepackt und sind nach Moskau gefahren, um dort gemeinsam vorzusprechen. Im Dvoret Truda (Geschäftshaus) wurde von den Stalin-Bureaokraten der Baugewerkschaft zu diesem Zwecke eine Versammlung sämtlicher ausländischen Bauarbeitergruppen

Moskau einberufen. Wir trugen dort unser Anliegen vor und verlangten die Einhaltung des mit uns abgeschlossenen Vertrages, die pünktliche Auszahlung der vertragsgemäß von unserem Lohn immer bereits abgezogenen monatlichen Unterstützung an unsere hungernden Frauen und Kinder in Wien, die schon alles versetzt, ja zum Teil verkauft hatten, um sich überhaupt halten zu können. Als wir das vortrugen, riefen uns die anwesenden Berliner und Hamburger Bauarbeiter unter verzweifeltem, dröhnendem Gelächter zu: «Was wollt ihr, wir bekommen ja nicht einmal das Brot zum Beschmieren mit Marmelade!» Schließlich mußte man nachgeben, und von Berlin aus ist das Geld nach Wien überwiesen worden. Nach vielen Schwierigkeiten und Umwegen kamen unsere hungernden Frauen und Kinder zu unserem Geld. Aber die Einhaltung der anderen Punkte des Vertrages, insbesondere in bezug auf den Lohn, durchzusetzen, ist uns nicht gelungen. Erst bis wir wieder Deputationen geschickt, diesmal zur Auslands-Abteilung, wo wir energisch die Abrechnung forderten, ist eine russische Kommission eingesetzt worden und schließlich wurde uns der Lohnrückstand, beziehungsweise der Lohn nach dem Vertrag ausgezahlt.

Jetzt blieben noch die Lebensmittel-schwierigkeiten. Diese dauerten auch in Moskau noch etwa zwei Monate. Während dessen hatten wir Lebensmittelkarten. Aber wir bekamen auf diese Karten nicht das, was auf diesen Karten vorgeschrieben war. In der Kooperative erklärten die Genossenschaftsbureaokraten, das sei nicht hier. Wir waren gezwungen, eine Zeitlang vom Schleichhandel zu leben. Da kostete 1 kg Fleisch 8 Rubel, 1 l Milch 40 Kopeken bis 1.20 Rubel. Diese Preise stiegen immer weiter, oft schnellten sie über Nacht hinauf. Wir waren deshalb gezwungen, Lohnerhöhung zu verlangen. Schließlich gab man uns 50 Rubel zu. Wir verlangten dann statt der Lebensmittelkarten Lebensmittelbücher für Ausländer. Nach langen Bemühungen bekamen wir auch die, und dann war die Verpflegung besser.

Da unsere Frauen so viele Sachen hatten versetzen, beziehungsweise verkaufen müssen und nicht instande waren, das auszulösen oder nachzuschaffen, verlangten wir, daß wir ihnen von unserem Lohn an Stelle der bisherigen 175 S monatlich 272 S schicken können. Das wurde uns nach sehr langen Bemühungen bewilligt. Die ausländischen (bürgerlichen) Ingenieure, die bis zu 1000 Dollar im Monat beziehen, denen war ohne weiteres erlaubt, ihren Familien bedeutend höhere Beträge zu schicken.

Im Vertrag war uns bewilligt, daß wir den Urlaub auch in unserer Heimat verbringen können. Auch das hat man uns, den Vertrag brechend, abgestritten. Erst nach langem Ringen setzten wir die Einhaltung dieser Bestimmung durch.

Im Dezember 1930 wurde ich nach Oesterreich kommandiert, um eine zweite Arbeiter-Stoßbrigade zusammenzustellen, diesmal aber aus lauter Gerüstern. Ich habe das durchgeführt. Vom Reisegeld dieser aus 10 Gerüstern bestehenden Kolonne hat die Stalinsche Gewerkschafts-Abteilung in Wien ohne deren Wissen und Zustimmung 700 S für sich behalten. An der russischen Grenze angelangt, sind die Genossen darauf gekommen, daß die 700 S fehlen. Wir konnten nicht weiterreisen. Ich mußte das Geld vom In-tourist ausborgen, um die Weiterreise bis Moskau zu bewerkstelligen.

Auch bei dieser Gerüsterkolonne hat man den mit ihr geschlossenen Vertrag nicht eingehalten. Zunächst setzte man an die Stelle des mit ihnen vereinbarten Vertrages einfach eine «Fahrordnung», welche den Vertrag wesentlich verschlechtert hat, und diese «Fahrordnung» hat man dann einfach — auch nicht eingehalten.

Als wir ankamen, da hat der Bautrust, der mich abkommandiert hatte, nicht mehr bestanden. Nun standen wir auf der Straße und wußten nicht ein und aus. In den anderen Bautrusts wollte man von uns nichts wissen. Schließlich haben wir durchgesetzt, daß uns ein anderer Bautrust übernehmen mußte. Aber Arbeit bekamen wir keine, weil kein Bedarf an

Leitergerüstern war; obwohl ich doch abkommandiert worden war, eine Leitergerüstkolonne herüberzubringen...

So sind wir zwei Monate hindurch, 10 Oesterreicher und 24 russische Arbeiter, ohne Arbeit gewesen. Wir erklärten immer wieder, wir sind ja nicht hergekommen, um herumzugehen, sondern um zu arbeiten. Man erklärte uns aber, man könne uns wegen Materialmangel keine Arbeit geben. So fuhren sieben Gerüster wieder zurück. Drei Gerüster hatten sich inzwischen zu Stalinschen Apparatschiki «durchgearbeitet»: Harrer, Pasche, Wiesinger. Ich selbst wurde aufgenommen zur Beschaffung des Materials für Gerüsterarbeit. Es gelang mir, durch mehrere Reisen und energisches Auftreten 1500 Leitern und 40.000 kg Bandseilen nach Moskau zu befördern. Nachdem ich die mir gestellte Aufgabe erfüllt hatte, bin ich in die Heimat zurück.

Nach dem Vertrag hatte ich in diesem Falle wieder einen bestimmten Betrag zu bekommen. Man verweigerte auch hier die Einhaltung des Vertrages, und es bedurfte erst eines aufreibenden Kampfes, bis ich die Einhaltung auch dieses Punktes durchgesetzt hatte.

Bei all diesen Schwierigkeiten, die noch viel größer waren, als ich sie hier kurz andeuten konnte, wandten wir uns wiederholt an die in Moskau anwesenden führenden Genossen der österreichischen Partei, insbesondere an Kopenig, Honner, Toman, Hornig, Zucker. Allein sie haben sich immer gedrückt, haben uns vollkommen im Stich gelassen, sie sind nur gekommen, wenn sie — Geld von uns brauchten, was wir gute Micheln ihnen immer wieder gaben. Statt sich unser anzunehmen, haben sie lieber fleißig im Hotel Savoy getrunken, und zwar so, daß sie oft nicht mehr fest auf den Beinen stehen konnten. Besonders Toman hat darin viel geleistet, aber auch Kopenig. Wir haben einmal unter uns für Harrer und Martin gesammelt. Es kamen 100 Rubel (350 Schilling) zusammen, von denen wir 50 für Harrer und 50 für Martin bestimmten. Harrer, der damals in Moskau beim Gewerkschaftskongreß war, hat das ganze Geld übernommen mit der Verpflichtung, die zweiten 50 Rubel Martin zu schicken. Noch lange nach meiner Ankunft hat Martin von diesem Geld nichts gesehen, und ich glaube, daß er auch bis zum heutigen Tag nichts davon gesehen hat...

Zugleich mit mir trat die 10 Mann starke österreichische Mauergruppe (von der ersten Bauarbeiter-Stoßbrigade), die in einem anderen Baustriß beschäftigt war, die Heimreise an. In Wien angelangt, verlangten wir vom Stalin-ZK ein Parteigericht gegen Kopenig, Honner, Toman, Zucker, Hoschek, Uhl, Harrer zur Ueberprüfung ihres niederträchtigen Verhaltens, besonders uns gegenüber. Das Stalin-ZK verweigerte das Parteigericht — weil es den Ausgang fürchtete!

Dieses unglaubliche Vorgehen bewog die meisten von uns, mit dem Stalinismus zu brechen. Mich insbesondere hat dies bewogen, auf Grund unserer bitteren Erlebnisse das ganze Verhalten der Stalinschen Führung zu überprüfen. Ich bin auf Grund dessen, was ich erlebt habe, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Kritik der Linksoption am Stalinismus berechtigt ist und daß die Linie der Linksoption richtig ist.

Die Stalin-Bureaokraten von der Komintern, Profintern, vom Deutschen Klub, von der Gewerkschafts-Abteilung usw. usw. überließen uns und auch alle anderen ausländischen Arbeitergruppen jede Weile. Sie brachten immer schöne Berichte über unsere Eindrücke mit, die sie vorher, ohne daß wir eine Ahnung hatten, verfaßt und mit der Schreibmaschine niedergeschrieben hatten. Um Ruhe von diesen unausgesetzten Belästigungen zu haben, haben wir diese künstlich fabrizierten «Briefe» und «Berichte» unterschrieben. Die anderen ausländischen Arbeitergruppen taten das aus demselben Grund. Die Wahrheit ist aber die, daß diese künstlich fabrizierten «Briefe» und «Berichte» in vielen entscheidenden Punkten der Wahrheit ins Gesicht schlugen. Gerade darum wurden und werden diese künstlich fabri-

zierten «Briefe» und «Berichte» in sämtlichen Stalin-Blättern fortlaufend veröffentlicht...

Um die Wirkung meiner Veröffentlichung, die die Stalin-Bureaucraten schon lange kommen sahen, abzuschwächen, hat das Stalin-ZK zu der ihm so geläufigen echt Stalinischen Methode gegriffen. Es werden nämlich gegen mich seit einiger Zeit von der Stalin-Bureaucratie planmäßig Gerüchte in Umlauf gesetzt, um mich bei den Mitgliedern und den Sympathisierenden der Kommunistischen Partei als Ehrlosen hinzustellen, der keinen Glauben verdiene. Zum Beispiel verbreiten die Stalin-Bureaucraten: 1. daß ich ausgeschlossen worden sei aus der Kommunistischen Partei, während ich in Wirklichkeit selbst ausgetreten bin; 2. daß ich Geld unterschlagen hätte; 3. daß ich einen photographischen Apparat unterschlagen hätte; 4. daß ich zu den Faschisten übergetreten wäre usw.

Angesichts dieser Stalinischen Verleumdungskampagne erkläre ich hier öffentlich vor der gesamten Arbeiterschaft, alle diejenigen, die über mich diese oder ähnliche Gerüchte welcher Art immer in Umlauf

setzen, als ehrlose Verleumder und Ehrabschneider.

Ich habe wahrheitsgemäß geschildert, was ich am eigenen Leib als Arbeiter schmerzlich erlebt, und überlasse es allen ehrlichen Arbeitern, sich darüber ihr Urteil zu bilden.

Wien, am 1. Dezember 1931.

Josef Gaßner.

Wir wollen der Schilderung des Genossen Gaßner nur eine einzige Bemerkung beifügen: so springt also der Stalinismus um mit den aus dem Ausland herangezogenen Spezialarbeitern. Wie muß er da erst umspringen mit den russischen Arbeitern unter diesem «Aufbau des Sozialismus in einem Lande», wie es der Betrüger Stalin nennt! Aus dem Blut und den Knochen der Arbeiter baut der Schwindler Stalin und, wenn es den Arbeitern im Bunde mit der Linksoption nicht rechtzeitig gelingt, dem Schwindler Stalin das Handwerk zu legen, so wird die neue russische Ausbeuterklasse, die da unten und durch den Stalin-Schwindel verdeckt heranwächst, mit der Macht auch die Früchte dieser ungeheuren Opfer der russischen Arbeiter mit Gewalt an sich reißen und das Proletariat in die kapitalistische Fron blutig zurückwerfen. Schluß mit dem Stalin-Schwindel! Schluß mit dem Stalinismus! Zurück zu Marx und Lenin und vorwärts wieder auf ihrer alten Linie des revolutionären Internationalismus!

derholt, — freilich in solcher Form, daß die Arbeiter davon nichts merken sollen... Gleichzeitig gerührt Stalin durch Lunatscharski den Wiener «Sozialfaschisten» sein allerhöchstes Lob auszusprechen. Er sprach sich sehr lobend aus über das Gesehene, von den Spitzenleistungen der Wiener Schullehrer könne Rußland manches lernen... Schließlich betätigte sich Lunatscharski auch als Handlungsreisender in «revolutionärem» Pazifismus, Marke Stalin. Zwei Stunden droste er den Schwefel über den «friedlichen Wettbewerb» zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Die kapitalistischen Räuber wissen was davon zu halten, aber den Arbeitern werden die Augen verschmiert mit diesen pazifistischen Schwindelphrasen. Und das gerade, da es gilt die Massen zu mobilisieren zur Verteidigung der chinesischen und russischen Revolution. Begrifflich, daß der Stalinismus den «Sozialfaschisten» immer besser gefällt. Von Widerspruch zu Widerspruch. Bei allen den Raubzügen der Kapitalisten gegen die Massen hat die Sozialdemokratie ihr Stimm

für die Raubgesetze immer damit begründet, es gelte ein viel größeres Übel zu verhindern, es gelte den Schilling zu retten, die Inflation zu verhindern, denn dies ist — sagte die Sozialdemokratie selbst — die größte Ausplünderung der Massen. Noch vor ganz kurzer Zeit hat die Sozialdemokratie mit derselben Begründung für die Rothschild-Raubgesetze gestimmt. Noch ist die Druckerschwärze der sozialdemokratischen Begründungsartikel nicht trocken und nun kommt die Sozialdemokratie selbst mit dem Vorschlag der «Sanierungen» (der Sanierung nämlich der Bourgeoisie und ihres kapitalistischen Staates) durch — Inflation. So kommt die SP mit ihrer kleindeutschen Politik immer mehr ins Gedränge, sie torzelt von einem Widerspruch in den anderen. Nun können die Massen leichter die Wahrheit dessen erkennen, was wir immer wieder gesagt: Die Sozialdemokratie ist eine kleinbürgerliche Partei, die die Arbeiter lediglich ausnützt für die Kleinbourgeoisie und dient dem Kapitalismus.

AUS DER PARTEI

Vormarsch im Lichte der Parteitagstiraden

Wieder einmal muß das stalinistische Zentralkomitee der KPÖ zugeben, daß die Partei nicht vorwärts kommt, daß sie versagt. Kopenlig sagte während der Plenarsitzung des ZK am 15. November: «Besonders kräftig kommt das Zurückbleiben der Wiener Organisation hinter der Provinz zum Ausdruck. Ebenso bleiben wir zurück in so wichtigen Städten und Industriegebieten wie Wr.-Neustadt, Liesing... Dies gilt insbesondere für Wien, wo in einzelnen Organisationen eine gewisse Rückentwicklung eingetreten ist und die unmittelbar nach dem Parteitag herangezogenen neuen Arbeiter durch die sektierischen Elemente, die sich in den Vordergrund drängen, abgestoßen wurden.» Und Honner führte aus: «Die RGO hat ihre Aufgabe bisher nur zum geringen Teil erfüllt, ja, gerade auf diesem Aufgabengebiet haben die Parteioorganisationen fast vollständig versagt... Die Parteigenossen sind sehr wenig mit den Betriebsarbeitern verbunden... Die Arbeitslosenbewegung ist bisher von uns sehr vernachlässigt worden. Es bestehen in den wenigsten Orten Arbeitslosenkomitees.» Diese Worte sagen alles. Die Partei ist in Wien zurückgegangen, auch in der Provinz geht's nicht vorwärts, die RGO hat versagt, die Arbeitslosenbewegung hat versagt. Das ist das offene Eingeständnis des Bankrotts der Politik der ZK. Jetzt wäre die Zeit, um die breitesten Massen der KP zu führen, jetzt wäre für die RGO die Zeit, die Massen der Betriebsarbeiter gegen den Lohnraub zu führen, jetzt wäre die Zeit, um eine Arbeitslosenbewegung auf breiter Basis zu organisieren. Und trotz der Guinst der Lage dieser — «Erfolg»!

neuen Richtung darangehen, uns gute Funktionärskader zu schaffen.» (RF, 18. Juni). «Eine notwendige Vorbedingung dazu ist, daß die Partei endlich einen entschiedenen Kurs auf die Erweiterung ihrer Kaders, Proletarisierung der führenden Kaders und ein mutiges Aufgreifen neuer Elemente einschlägt.» (RF, 21. Juni). «Es ist Zeit, mit den Reden über die Schaffung einer RGO aufzuhören, es ist höchste Zeit, sie aufzubauen... Die Partei ist klein, jetzt ist der Augenblick ihres rapiden, ja stürmischen Wachstums gekommen... Wir müssen die selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen auf die Tagesordnung setzen.» (RF, 25. Juni). Der Parteitag wurde bezeichnet als Parteitag des «Sturmangriffes», der «Wendung zur Masse», der «Volksmobilisierung». Und nach dem Parteitag schrieb die «Rote Fahne»: «Der kommende Parteitag wird feststellen können, daß uns der Durchbruch gelungen ist.» (12. Juli).

Sechs Monate sind seit dem «Stoßparteitag» vergangen. Sechs Monate hat das ZK an den Parteikadern herumgedokktert und jetzt muß das ZK feststellen: Die Kaderfrage ist nicht gelöst, die Partei ist in Wien und den anderen großen Industriestädten nicht vorwärtsgekommen, in der RGO und in der Arbeitslosenbewegung macht die Partei keine Fortschritte! Unter dem Parteitag lähmenden Stalinismus gibt es keine Lösung der Kaderfrage. Das stalinistische ZK kann keine gesunden Kaders zusammenstellen und — es kann gesunde Kaders nicht brauchen. Gesunde Kaders würden die Politik des ZK überprüfen. Gesunde Kaders würden feststellen, daß nicht die Kaders, nicht die Mitglieder schuld sind an den Mißerfolgen der Partei, sondern daß schuld ist die stalinistische Politik des ZK. Gesunde Kaders würden nicht jede Schwenkung, jede Torheit mitmachen. Feststellen, daß die Kaders krank sind, das vertritt der Stalinismus noch, die Feststellung, daß er selbst Ursache dieser Krankheit ist, vertritt er nicht. Diese Erkenntnis, würde sie unter den ehrlichen Parteimitgliedern breiteren Boden gewinnen, würde den Stalinismus liquidieren. Alle, die ernstlich die Partei, die RGO, die ganze kommunistische Bewegung vorwärtsführen wollen, müssen erkennen, daß nur die Linke Opposition den Kampf um die Ueberwindung des Stalinismus und die Gesundung der Partei führt, und daß es revolutionäre Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters ist, die Linksoption in ihrem Kampf zu unterstützen. Die ehrlichen Mitglieder der KP müssen den Kampf um die Gesundung der Partei im Bündnis mit der Linksoption führen.

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend: Montag, 11. Jänner 1932 in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends 7 1/2 Uhr.
Bezirksorganisation Ottakring: Jeden Freitag im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47, Beginn 7 1/2 Uhr.
Pressefonds: I. B., XX., S. 5.—, A. H., XX., S. 5.—
Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Siptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «dava», Wien, VII.

Die Weltkrise

Das englische Pfund stürzt weiter. Insbesondere Frankreich und die nordischen Staaten erleiden dadurch schwere Verluste. Durch die Pfundentwertung und die neuen Hochschutzzölle begünstigt, beginnt die englische Ausfuhr an Boden zu gewinnen. Doch schon wehren sich die Kapitalisten Frankreichs, Amerikas, Deutschlands durch Erhöhung ihrer Zölle und durch Lohnabbau. So kämpfen die kapitalistischen Räuber ihren Kampf um den Absatzmarkt auf dem Rücken der arbeitenden Massen. Die Krise verschärft sich. Bankrott folgt auf Bankrott und noch riesigere Bankrotte werden folgen, auch in Amerika und Frankreich. Der sozialdemokratische «Abend» schreit: Weltuntergang! Wer geht unter? Die Arbeiter werden immer tiefer gedrückt und überhaupt die werktätigen Massen in Dorf und Stadt. Ein Teil der Kapitalisten macht Bankrott. Aber die in diesem Morgenlichen Konkurrenzkampf siegenden Monopolkapitalisten behaupten sich nicht nur, sondern versärken ihre Position. Sie liquidieren die Betriebe der Bankrotten, reißen deren Absatz an sich und arbeiten daran, sich den Spielraum zu vergrößern durch ungeheure Konzentrationen. So sind die größten Banken Amerikas gerade daran, sich zu fusionieren. Ebenso in Deutschland. In Italien haben sich die Schiffahrtsgesellschaften zu einem einzigen Unternehmen verschmolzen. Die Drahtfabrikanten von fast ganz Europa haben sich dieser Tage zu einem internationalen Kartell zusammengeschlossen zur Zentralisierung der Ausfuhr. Der «Abend» verzapft den gefährlichen Blödsinn vom «Weltuntergang des Kapitalismus», um den Arbeitern einzureden, daß der Kapitalismus von selbst untergehe. Um ja die Arbeiter vom Massenkampf abzuhalten, fügt dieses verlogene sozialdemokratische Sensationsorgan (13. Dezember) noch hinzu: «Wir stehen den großen Ereignissen wehrlos gegenüber.» Die Wahrheit ist die: Die Kapitalisten tragen die ungeheure Krise auf dem Rücken der Arbeiter aus, erstens weil die Sozialdemokratie statt gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, in jedem Land Hand in Hand mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet, zweitens weil die stalinistische Politik die Massen hindert, das zu durchschauen, sich von der Sozialdemokratie loszulösen und unter Führung der kommunistischen Parteien geschlossen gegen die Bourgeoisie überzugehen zur internationalen Massenaktion. Die kommunistischen Parteien müssen von dem

furchtbaren Irrweg des «Aufbaues des Sozialismus in einem Lande» zurück auf die Linie des Kampfes um die Vereinigten Sowjetstaaten Europas! Dann werden sie imstande sein, an der Spitze der werktätigen Millionenmassen die durch die Krise herbeigeführten Erschütterungen des Kapitalismus revolutionär auszunützen zum Sturz der Bourgeoisie, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, zum Vormarsch des Sozialismus.

CHRONIK

Fensterstehenpolitik. Es ist zu verstehen, wenn Arbeitslose in ihrer Verzweiflung Auslagen scheiben zertrümmern. Eine andere Frage ist, wie sich dazu die revolutionäre Partei zu verhalten hat. Von der Stalin-Bürokratie mißliebt, verhält sich hier die kommunistische Partei nicht als revolutionäre Partei. Die Arbeitslosen zu Massenaktionen zu mobilisieren, das ist die Aufgabe der Partei, nicht aber Individualaktionen. Das Wort zu reden, die den Arbeitslosen gar nichts nützen und sie von der Massenaktion zur Einzelaktion ablenken.

Von Schwindel zu Schwindel. Noch vor einer Woche rühmte die Sozialdemokratie alle Zungen Severing als den Hort der Demokratie, an dem der Faschismus zuschanden werde, so gut habe er die preußische Polizei «republikanisieren». Dann kam aus Hessen Hitlers Blutdokument, dann der Oberreichsanwalt mit seinem Jorns und hinter ihm kam die «republikanische» Polizei des Severing, die all diesem verbrecherischen Gesindel die Mauer macht, keinen Finger gegen sie rührt, sondern sie schützt, desto heftiger aber mit Knüppeln und Pistolen gegen die Arbeiter losgeht. Unter der Wucht solcher Tatsachen mußte die «Arbeiter-Zeitung» den Schwindel von der republikanischen Polizei des Severing fallen lassen und sich schnell zu neuen Illusionen umgruppieren. Je mehr sich die politische Krise spitzt, desto schneller der Verschleiß der sozialdemokratischen Illusionen und Schwindeleien. Was sie vor einer Woche noch als Hort vorgemacht, müssen sie selbst ein paar Tage darauf liquidieren. Die Demaskierung der Sozialdemokratie wird dadurch erleichtert.

Sanftes Fleisch. Der brave Nationalrat Heinz, der nebbich «Führer des Schutzbundes», ist nach einem treffenden Ausdruck Luthers ein richtiges sanftes Fleisch. Die einfache Tatsache, daß unter Eldersch, Deutsch, Bauer, Adler die Wiener Polizei mit lauter agrarischen Elementen aufgefüllt wurde, drückt der treffliche Mann sanft und feinfühlernd so aus: «Man (dieses «Man» ist unbezahlbar. Das ist nämlich die Sozialdemokratie!) Das «Man» verwendet die Sozialdemokratie immer dort, wo sie Klassenzusammenhänge verschleiern will, z. B. wenn sie zu der Bourgeoisie spricht und will, daß die Arbeiter nichts davon merken. Auch dann, wenn die SP irgend einen Schwindel liquidiert, den sie selbst am Gewissen hat, dann spricht sie immer von der Sozialdemokratie nur mit «Man», damit die Arbeiter nichts merken, daß der Schwindel von der Sozialdemokratie selbst verübt wurde), also «Man hat vor allem Leute aus den ländlichen Gebieten aufgenommen, die eine gewisse Fremdheit gegenüber der Eigenart der Wiener Bevölkerung zeigen», lispelt sanft der brave Heinz...

Stalin lobt Mussolini. Lunatscharski versucht seinen im Namen Stalins vor Mussolini gemachten Kotau vor den Arbeitern wie folgt zu verschleiern: «Ich habe allerdings in Norditalien günstige Eindrücke gewonnen und seit dem Umsturz (seit dem faschistischen nämlich die Red.) ist in Norditalien viel geleistet worden, aber ich weiß nicht, ob das der Regierung oder der Guinst des Landes zuzuschreiben ist.» Nun da die «Guinst des Landes» von selber nichts verändert und vor dem Umsturz in Italien die «Guinst des Landes» genau so günstig war wie nach dem Umsturz und wie heute, so sehen wir, daß der Lump Lunatscharski namens des Oberlumpen Stalin das Lob des Schwerverbrechers Mussolini wie-

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-6-38.

Jeden Freitag von 7 1/2 bis 10 Uhr abends.

Bildungskurs: Montag, 11. Jänner 1932 im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, abends 7 1/2 Uhr.

20. Dezember: Zusammenkunft 2 Uhr Endstation 41, Pötzleinsdorf. Treffpunkt 1/4 Uhr Hameau.

28. Dezember (Samstag): Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Streberstraße. Partie nach Hagenbrunn.